

Vorlagennummer: 0947/2025
Vorlageart: Anfrage
Status: öffentlich

Anfrage der HAK-Fraktion

hier: Schutz des Taxigewerbes in Hagen und Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen gegenüber Plattformdiensten (z. B. Uber, Bolt)

Eingereicht am:
Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Haupt- und Finanzausschuss (Entscheidung)	05.02.2026	Ö

Sachverhalt
siehe Anlage

Anlage/n
1 - 2025-11-27_Anfrage_HAK_Taxi-Uber_HFA (öffentlich)



HAK-Fraktion | Rathausstr. 11 | 58095 Hagen

Herrn
Oberbürgermeister
Dennis Rehbein

- im Hause -

Bearbeitet von: Ömer Oral Tel.: 02331 207 2063 Email: fraktion@hak-hagen.de Dat.: 18.11.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

die HAK-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses am 27. November 2025, zu setzen:

Schutz des Taxigewerbes in Hagen und Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen gegenüber Plattformdiensten (z. B. Uber, Bolt)

Die HAK-Fraktion beantragt, dass die Stadtverwaltung prüft und dem Rat der Stadt Hagen berichtet,

1. wie sich die Konkurrenz durch Mietwagenplattformen (z. B. Uber, Bolt) in den letzten drei Jahren auf das Taxigewerbe in Hagen ausgewirkt hat (z. B. Umsatzentwicklung, Rückgabe von Konzessionen, Beschäftigtenzahlen);
2. welche Preisunterschiede derzeit zwischen dem Taxitarif der Stadt Hagen und den über Plattformen angebotenen Mietwagenfahrten bestehen;
3. welche Umsatzeinbußen das Hagener Taxigewerbe seit 2023 insgesamt erlitten hat und wie sich diese im Vergleich zur bundesweiten Entwicklung darstellen;
4. ob und in welchem Umfang die Stadt Hagen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) eigene Regelungen oder Mindesttarife für Plattform-Mietwagen einführen kann, wie dies die Städte Heidelberg und Essen bereits beschlossen haben;
5. ob die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zwischen Verwaltung, Taxiunternehmen, Ordnungsamt und Vertretern des Rates sinnvoll wäre, um Maßnahmen zum Schutz des Taxigewerbes und zur Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen zu erarbeiten;
6. ob verstärkte Kontrollen der Rückkehrpflicht (§ 49 Abs. 4 PBefG) für Mietwagenfahrten durchzuführen sind, um illegale Dauerfahrten in der Stadt zu verhindern.

Begründung

In der Stadt Hagen hat das klassische Taxigewerbe zunehmend mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.

Viele Unternehmer berichten von deutlichen Umsatzrückgängen, insbesondere seit der Marktausweitung von Plattformdiensten wie Uber oder Bolt. Diese Anbieter operieren über digitale Vermittlungssysteme mit Mietwagenfirmen, die keine festen Tarife einhalten müssen, wodurch Dumpingpreise entstehen.

Laut dem Portal Statista führen Taxis in Deutschland im Jahr 2019 noch mehr als 4,4 Milliarden Euro Umsatz ein.

Für 2025 wird für den Taximarkt ein Umsatz von etwa 3,2 Milliarden Euro prognostiziert, also rund 1,2 Milliarden Euro weniger.

Auch in den meisten Städten des Ruhrgebietes ist die Zahl der Taxifahrten stark rückläufig.

In Städten wie Heidelberg und Essen hat die kommunale Politik bereits reagiert und Mindestpreisregelungen eingeführt, die es Plattformdiensten untersagen, deutlich unterhalb des örtlichen Taxitarifs zu operieren (max. 7 % Rabatt). Diese Maßnahmen sollen faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, den Fortbestand des Taxi-Gewerbes sichern und eine zuverlässige, sozial abgesicherte Mobilität im Stadtgebiet gewährleisten.

Auch für Hagen ist es im Interesse der städtischen Daseinsvorsorge wichtig, das Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Mobilität zu erhalten.

Nur ein gesundes Nebeneinander von Taxis, Mietwagen und ÖPNV kann langfristig Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Ziel dieses Antrags ist es daher, das Taxi-Angebot in Hagen zu sichern, lokale Arbeitsplätze und soziale Standards zu schützen, unfairen Preiswettbewerb zu vermeiden und insgesamt eine faire, nachhaltige Mobilität in unserer Stadt zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen



Sinan Akbaba
Fraktionsvorsitzender



Ömer Oral
Geschäftsführer